



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 16 vom 19. Dezember 2005

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 bis 22.45 Uhr

Leitung: M. Metz

Anwesend: 40 Mitglieder

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 15. Sitzung vom 21. November 2005 wird genehmigt.

Besonderes: Die Damen Walser und Venerito von der Musikschule Binningen - Bottmingen eröffnen die Sitzung mit einem Adagio aus dem Klavierkonzert Nr. 2 von Rachmaninov.

Präsident:

Protokoll:

Markus Metz

Brigitte Christen

Mitteilungen des Präsidenten

M. Metz begrüsst Frau Daniela Migliazza als neues Ratsmitglied. Sie tritt heute als Parteilose die Nachfolge von Rolf Dürig in der SP-Fraktion an. Er wünscht ihr viel Spass an der neuen Tätigkeit.

Er hofft, dass am 22. Dezember viele Ratsmitglieder der Einladung zur Präsentation der Wettbewerbsresultate für das Alterszentrum Schlossacker folgen werden.

Wie im Binninger Anzeiger zu lesen war, hat der Gewerbeverband Anfang Monat eine Initiative für eine Weihnachtsbeleuchtung an der Hauptstrasse eingereicht. Der Gemeinderat wird diese gelegentlich dem Einwohnerrat unterbreiten.

Im Zuge der Neugestaltung der Binninger Homepage werden an der Januar-Sitzung [verschoben auf März] alle Parlamentarier/innen fotografiert; die Porträts werden im Internet veröffentlicht.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse:

Interfraktionelles Postulat vom 14.12.2005: Binningen wird GATS-freie Gemeinde

SP: *A. Braun.* In den letzten Tagen hat in Hongkong eine internationale Konferenz der Welthandelsorganisation stattgefunden. An dieser war das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services) noch kein zentrales Thema; dies wird jedoch bald einmal der Fall sein. Das anvisierte Ziel ist problematisch, weshalb dieser interfraktionelle Vorstoss eingereicht wird.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 6.12.2005: Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 31.12.2008	84
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.12.2005: Abrechnung Investitionsbeitrag für die Pflegewohnung Spiegelfeldpark / Zusatzkredit	90
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.11.2005: Leistungsauftrag 10 Raumplanung, Umweltschutz	87
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.1.2005 und zweiter Bericht vom 22.11.2005: Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 280'000.— für die Anschaffung eines Lastwagens für den Werkhof	40 A
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2005: und Bericht der GRPK vom 5.12.2005: Voranschlag 2006, Finanzplan 2007 - 2011	88
6. Interfraktionelles Postulat vom 18.8.2004: Baumschutz *) Stellungnahme des Gemeinderats betr. Überweisung	14
7. Diverses	
*) verschoben auf Januar bzw. März-Sitzung	

Traktandum 1**Geschäft Nr. 84**

Antrag des Gemeinderats vom 6.12.2005:

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode bis 31.12.2008Eintreten:

FDP: *M. Ziegler* drückt sein Missfallen darüber aus, dass die SP-Fraktion, entgegen der getroffenen Abmachung, eine Gegenkandidatin aufgestellt hat. Im Einverständnis mit der SVP, welche eigentlich Anspruch auf diesen Sitz hätte, schlägt seine Fraktion die Einwohnerrätin Claudia Fünfschilling für das Amt vor. Sie ist Juristin und arbeitet auf der Rechtsabteilung einer Versicherung. Sie befasst sich dabei vornehmlich mit Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Nebst ihrem Verständnis für Menschen in weniger guten Verhältnissen käme ihr dieses Wissen in der Sozialhilfebehörde zugute. Sie ist verheiratet und Mutter eines eineinhalbjährigen Kindes.

SP: *S. Zürcher* entgegnet, die FDP sei sehr wohl informiert worden, dass auch seine Fraktion eine Kandidatin stellen werde. Deswegen kommt es nicht zu einer Kampfwahl, auf diese Weise besteht vielmehr eine echte Wahlmöglichkeit. Frau Marina Smaldini stellt sich für dieses Amt zur Verfügung. Sie ist ebenfalls Juristin, hat während längerer Zeit als Journalistin gearbeitet und ist nun seit einiger Zeit auf dem Rechtsdienst des KIGA tätig. Somit bringt sie Erfahrung in einem verwandten Bereich der Sozialhilfe mit.

SVP: *U. Rediger* gibt bekannt, dass bei den nächsten Neuwahlen jemand aus der eigenen Fraktion nominiert werde; diesmal wird jedoch Claudia Fünfschilling unterstützt.

<p>://: Für die restliche Amtsperiode wird mit 22 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 20 Stimmen als Mitglied der Sozialhilfebehörde gewählt: Claudia Fünfschilling Petretta, FDP.</p>
--

Traktandum 2**Geschäft Nr. 90**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.12.2005:

Abrechnung Investitionsbeitrag für die Pflegewohnung Spiegelfeldpark / ZusatzkreditEintreten:

FDP: *S. Cron* stellt fest, dass ihre Fraktion dem Geschäft zustimmen wird. Erfreulich ist, dass ein Pflegebett mehr realisiert werden konnte. Der Kanton hat die Rechnung geprüft und seinen Anteil bezahlt. Die Mehrkosten sind zwar nicht erheblich, dennoch wird bemängelt, dass die Ausführungen zu den Beträgen sehr dürftig und daher nicht nachvollziehbar sind.

SP: *D. Gorba* schliesst sich der Aussage der Vorrednerin an. Auch seine Fraktion hat sich sehr gewundert, dass keine der involvierten Stellen bemerkte, dass die Mehrwertsteuer nicht eingerechnet war. Es fragt sich, ob der Unternehmer nicht dazu verpflichtet gewesen wäre und entsprechend die Konsequenzen zu tragen hätte.

SVP: *M. Trautwein* ist grundsätzlich für Eintreten auf das Geschäft und die Fraktion wird den Zusatzkredit genehmigen. Dass im Kostenvoranschlag die Mehrwertsteuer vergessen gehen konnte, ist unverständlich. Der Empfänger einer Offerte hat diesbezüglich auch eine Kontrollpflicht. Er hofft, dass für die Zukunft die nötigen Konsequenzen aus diesem Fall gezogen worden sind.

Stellungnahme des Gemeinderats: *H. Ernst* übernimmt die Verantwortung für diese Unterlassung und wird dafür sorgen, dass ein solcher Fehler nicht mehr vorkommt. Sie geht jedoch davon aus, dass der Rat dem Kredit für eine weitere Pflegewohnung auch inklusive Mehrwertsteuer zugestimmt hätte.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** 2.1 Die Abrechnung für den Investitionsbeitrag der Gemeinde an den Verein Pflegewohnungen Binningen an Ausbau und Einrichtung einer zusätzlichen Pflegewohnung im Spiegelfeldpark im Umfang von CHF 261'391.75 wird genehmigt.
- 2.2 Zu Lasten des Investitionskontos 410.565.02 wird ein Zusatzkredit von CHF 16'391.75 bewilligt.

Traktandum 3

Geschäft Nr. 87

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 1.11.2005:
Leistungsauftrag 10 Raumplanung, Umweltschutz

Eintreten:

Grüne/EVP: *R. Bänziger* dankt für den Leistungsauftrag. Sie bedauert, dass das wichtige Thema Umweltschutz sehr stiefmütterlich behandelt wird. Für das Naturschutzgebiet Herzogenmatten sind beispielsweise nur knapp 40'000 Franken budgetiert. Sie verzichtet bewusst darauf, diesen Betrag in Relation zur Ausgabe für den Kunstrasen zu setzen.

SP: *F. Dietiker* bemerkt, auch seine Fraktion ist der Meinung, dass bezüglich Umwelt- und Naturschutz zu wenig getan wird, wenn nur gerade 0.3 % des Gesamtaufwands aller Leistungsaufträge dafür eingesetzt wird. Es erstaunt daher nicht, dass heute fast die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten gefährdet bzw. vom Aussterben bedroht ist. Ebenso könnte die Gemeinde mehr tun im Bereich Energie. Zwei Dinge sind betreffend Liegenschaften im Finanzvermögen aufgefallen: Erstens gehört dieses Produkt nicht unbedingt in diesen Leistungsauftrag. Im Weiteren wird der Verkauf solcher Liegenschaften anvisiert. Vielmehr sollte die Gemeinde auch in Zukunft die Möglichkeit wahrnehmen, Liegenschaften zu erwerben.

FDP: *C. Fünfschilling* bestätigt, dass auch für ihre Fraktion das Produkt 'Liegenschaften im Finanzvermögen' ein wichtiges Anliegen ist. Allerdings teilt sie nicht die Auffassung, dass es zu stark auf Verkauf ausgerichtet ist. Die Gemeinde sollte nur Liegenschaften behalten, die sie auch wirklich für klar definierte Zwecke benötigt. Der entsprechende Bericht zu diesem Bereich wird mit Spannung erwartet.

CVP: *K. Amacker:* Dieser Leistungsauftrag enthält wichtige Themen, welche die Wohn- und Lebensqualität entscheidend beeinflussen. Dass die Bevölkerung bezüglich Ortsplanung einbezogen wird, ist positiv, ebenso die Absicht von Landabgabe an Wohngemeinschaften, für Soziales und das Gewerbe. Dass ein Waldpflegekonzept realisiert werden soll, stösst bei ihrer Fraktion auf Zustimmung. Der Erhalt der Naherholungszone und der Schutz der Umwelt sind weitere Anliegen der CVP.

Detailberatung:

Gemeinderätin A. Schuler weist darauf hin, dass das Wirkungsziel 4.1 auf Seite 12 korrekt auf Seite 16 gehört.

SVP: *M. Trautwein* stellt zu den Wirkungszielen 4.2 und 4.3 auf Seite 16 folgenden Antrag: Beim Ziel betr. Naturschutzgebiet Herzogenmatt sollte der zweite Satz wie folgt lauten "Mit jährlichen Pflegemassnahmen wird sichergestellt, dass die Amphibienpopulation *mindestens* auf dem Niveau des Jahrs 2000 erhalten werden kann." Die gleiche Ergänzung sollte im Standard 4.3, Naturschutzgebiet Weiherbach, vorgenommen werden: Standard: Erhaltung der Artenvielfalt *mindestens* auf dem Niveau des Jahrs 2000.

FDP: *M. Ziegler* stellt fest, dass immer ein Mindeststandard gemeint ist. Gegen diese Ergänzungen ist jedoch nichts einzuwenden.

::: **Mit deutlichem Mehr wird dem Antrag Trautwein zugestimmt. Auf Seite 16 wird das Wort *mindestens* (s. oben) unter Pt. 4.2 und 4.3 eingefügt.**

Grüne/EVP: *R. Bänziger* beantragt, dass beim Leistungsziel 5.5 auf Seite 17, das Ziel bezüglich Energiebuchhaltung wie folgt ergänzt wird: "Ziel: Der Energiebedarf der gemeindeeigenen Bauten wird dokumentiert *und nach Möglichkeit gesenkt.*"

SVP: *U. Rediger* meint, dass sich das Ziel, Energie zu sparen eigentlich von selbst versteht. Primär soll eine Bestandesaufnahme gemacht werden und in einem zweiten Schritt im nächsten LA entsprechend reagiert werden.

Gemeinderätin A. Schuler erläutert, dass die Gemeinde seit 1995 eine Energiebuchhaltung über sämtliche öffentlichen Gebäude führt und Energiesparen als permanenter Auftrag verstanden wird.

::: **Der Antrag Bänziger wird mit grossem Mehr angenommen. Das Leistungsziel 5.5 auf Seite 17 wird wie ergänzt: "... dokumentiert *und nach Möglichkeit gesenkt.*"**

SP: *T. Rehmann* stellt den Antrag für ein zusätzliches Leistungsziel auf Seite 17; Punkt 5.6 würde demnach lauten: *Die Gemeinde erstellt bis Ende 2006 ein Inventar der schützenswerten Bäume, die auf gemeindeeigenen Grundstücken stehen. Messung: Bericht der Verwaltung. Indikator: periodische Nachführung. Standard: jährliche Aktualisierung.*

Dieses Inventar könnte gleichzeitig mit dem Projekt Ortsplanung im 2006 erstellt werden.

CVP: *K. Amacker* möchte wissen, was "schützenswert" bedeutet und welche Auswirkungen dies hätte.

SVP: *U. Rediger* findet die Idee a priori nicht schlecht. Er hat jedoch Bedenken, dass dies eine Signalwirkung haben und auch für private Bäume gefordert werden könnte. Aus diesem Grund ist er gegen den Antrag.

SP: *G. Köhler* weist darauf hin, dass gemäss Antrag vorerst lediglich ein Inventar aufgenommen wird. Festzustellen ist, dass bald nur noch Kirschlorbeer gepflanzt wird. Es wird kein Präjudiz geschaffen.

FDP: *M. Ziegler* hat den Eindruck, dass das Traktandum 6 vorgezogen wird. Falls das Postulat überwiesen wird, müsste der Gemeinderat ohnehin aktiv werden.

EVP/Grüne: *U. von Bidder* unterstützt das Votum von G. Köhler. Er hat letzten Sommer an der Benkenstrasse eine massive Baumfällaktion miterlebt. Der Gemeinderat sollte schon seit langem ein Bauminventar erstellen. Mit dem weiteren Leistungsziel wird lediglich festgehalten, was versprochen ist.

SVP: *C. Meier* interessiert es, welchen zeitlichen und finanziellen Aufwand dies bedeutet.

Gemeinderätin A. Schuler: Wie in der Stellungnahme zum Postulat "Baumschutz" nachgelesen werden kann, beabsichtigt der Gemeinderat für die gemeindeeigenen Parzellen eine Bauminventarisierung in Auftrag zu geben. Im Zusammenhang der Ortsplanungsrevision ist ein gewisser Betrag dafür vorgesehen. Genaue Zahlen kann sie im Moment keine nennen.

SVP: *U. Rediger* meint, dass das Anliegen unter dem Traktandum 6 behandelt werden soll und nicht in den Leistungsauftrag aufzunehmen ist.

://: **Der Antrag Rehmann (Erstellung eines Inventars der schützenswerten Bäume auf gemeindeeigenen Grundstücken) wird mit 17 Ja, 22 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt..**

Abstimmung: Mit grossem Mehr angenommen.

://: Der Einwohnerrat beschliesst im Grundsatz den Leistungsauftrag 10 Raumplanung, Umweltschutz.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 40 A

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 11.1.2005 und zweiter Bericht vom 22.11.2005:

Bewilligung einer Investitionsausgabe von CHF 280'000.— für die Anschaffung eines Lastwagens für den Werkhof

Eintreten:

CVP: *M. Martig* erwähnt, dass seine Fraktion für die Anschaffung stimmen wird. Für das alte Fahrzeug Ersatzteile zu beschaffen, ist schwierig oder unmöglich. Die Gemeinde soll mit gutem Vorbild voran gehen und einen Lastwagen mit Partikelfilter kaufen, welcher den aktuellen Vorschriften entspricht. Seit der Rückweisung des Geschäfts wurden auf diesem Gebiet grosse Fortschritte erzielt. Der Einbau eines Partikelfilters ist ohne wesentlicher Aufpreis möglich.

SVP: *U. Weber:* Unbestritten ist, dass das Fahrzeug ersetzt werden muss. Unverständlich ist aber, weshalb der Gemeinderat ein Fahrzeug mit Euro Norm 3 anschaffen will; denn seit Oktober 2005 ist bereits die bezüglich Stickoxyde und Russpartikel verschärfte Euro Norm 4 erhältlich, welche spätestens nächstes Jahr Pflicht wird.

SP: *S. Brenneisen* hält fest, dass die Fraktionsmehrheit grundsätzlich der Investition zustimmen wird. Er hat jedoch bezüglich Euro Norm die gleiche Frage an den Gemeinderat wie sein Vorredner.

FDP: *A. Eichenberger:* Investitionen in ein altes Fahrzeug wären nicht sinnvoll. Allerdings stehen auch, z. B. bei der Feuerwehr Basel, Fahrzeuge bis zu 25 Jahre im Dienst. Es trifft zu, dass zwischen Euro Norm 3 und 4 ein grosser Unterschied besteht. Auffallend ist auch, dass der Rabatt für die Rücknahme im Vergleich zur ersten Vorlage von 46'000 auf 25'000 Franken gesunken ist. Durch einen gemeinsamen Kauf mit dem Kanton oder einer anderen Gemeinde würde bestimmt ein wesentlich höherer Rabatt erreicht. Wurde diese Option abgeklärt?

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig:* Bezüglich Euro-Norm waren die Erläuterungen der beigezogenen Beratungsstelle massgebend. Ein Fahrzeug entsprechend Norm 3 mit zusätzlichem Partikelfilter ist klar wirkungsvoller als eines mit der Norm 4 ohne Filter. Zudem sind Fahrzeuge mit Norm 4 noch nicht bei allen Herstellern mit Partikelfilter erhältlich. Und letzterer ist nach heutigen Erkenntnissen wichtiger als die Norm 4. Stickoxyde, Kohlewasserstoff und -dioxid sowie Russpartikel werden mit dem Filter massiv reduziert. Zur Erreichung von Norm 4 benötigen viele Fahrzeuge

einen chemischen Zusatzstoff, welcher nur in Frenkendorf erhältlich wäre. Bei Kurzstrecken ist der Nutzen dieses Additivs ausserdem sehr fragwürdig. Ein vergleichbarer Lastwagen mit Norm 4 würde zusätzlich 10'000 Franken kosten. Überdies werden erst serienmässig hergestellte Fahrzeuge damit ausgestattet. Für einzeln angefertigte, wie das beantragte, besteht eine Übergangsfrist von 1 - 2 Jahren. Der Rücknahmewert für das alte Fahrzeug ist in der Tat innerhalb eines Jahrs um 21'000 gesunken. Der zu ersetzende LKW muss im März 2006 vorgeführt werden. Es ist durchaus möglich, dass weitere Mängel zum Vorschein kommen. Wird der Ersatz weiter hinaus geschoben, so wird die genau gleiche Diskussion um die nächste Euro Norm 5 geführt.

Detailberatung: entfällt.

Mit deutlichem Mehr wird beschlossen:

://: Für den Ersatz des Unimog mit einem LKW mit Dieselpartikelfilter wird eine Investitionsausgabe zu Lasten von Konto 620.506.01 von CHF 280'000.— bewilligt.
--

(kurze Pause)

Traktandum 5

Geschäft Nr. 88

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.9.2005: und Bericht der GRPK vom 5.12.2005:
Voranschlag 2006, Finanzplan 2007 - 2011

GRPK-Präsidentin V. Dubi verweist darauf, dass das Budget erstmals auf neue Art präsentiert wird, wie es WOV entspricht. Es ist sehr umfangreich und noch gewöhnungsbedürftig. Die Kosten werden transparenter ausgewiesen. Es geht zudem daraus hervor, welche Leistungen bzw. Aufgaben der Gemeinderat schwerpunktmässig anpacken will. Festgehalten werden darf, dass es der Gemeinde finanziell immer noch gut geht. Der Cash-flow liegt im Achtjahresdurchschnitt noch bei 115.2 %, dies trotz Nettoinvestitionen von fast 12.5 Mio. und der rückwirkenden Steuerfuss-Senkung. Der Vergleich zum Vorjahr ist infolge des Systemwechsels schwierig. Gewisse Ausgaben sind gesetzlich vorgegeben; die Verwaltung wird nächstes Mal diese noch klarer darstellen. Das gleiche gilt für gewisse Investitionen, wie beispielsweise Parkraumbewirtschaftung, welche kosten, aber mittelfristig Einnahmen generieren. Oder aber der Sachaufwand kann ansteigen, dafür sinken die Personalkosten wie das konkrete Beispiel der Gärtnerei zeigt. Die GRPK ist bei gewissen Budgetposten sehr unterschiedlicher Meinung, was auch in den Anträgen zum Ausdruck kommt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer* dankt zunächst insbesondere der GRPK, welche sich intensiv mit den Leistungsaufträgen und der neuen Budgetierung auseinandergesetzt hat. Es sind primär die Parlamentarier/innen, die festlegen, welche Dienstleistungen in welcher Qualität und in welchem Umfang, zu welchen Kosten erbracht werden sollen. Diese Aufträge werden im Rahmen der Globalbudgets an die Verwaltung delegiert. Allerdings sind viele Aufgaben gesetzlich vorgeschrieben. Die Leistungsaufträge decken vor allem den "courant normal" ab. Daneben werden im Bericht zum Voranschlag transparent die Schwerpunkte und Neuerungen innerhalb der einzelnen Produktgruppen dargestellt. Im Finanzplan wird die längerfristige Entwicklung des Haushalts beim bestehenden Leistungsniveau aufgezeigt.

Beim Aufwand fällt das hohe Wachstum von knapp 15 % auf. Bei einem Steuerfuss von 46 % der Staatssteuer schliesst das vorliegende Budget doch noch mit einem kleinen Überschuss ab. Abschreibungen nicht eingerechnet, die über Vorfinanzierungen abgerechnet werden, wächst der Aufwand allerdings um weitere 4.4 %. Die Selbstfinanzierung reicht im 2006 nicht aus, um die bisherige Abschreibungspraxis weiterführen zu können. Eine Prognose aufgrund der heutigen Zahlen ergibt, dass es spätestens 2008 sehr eng werden wird, wenn der jetzige Steuerfuss und das Leistungsni-

veau beibehalten werden sollen. Die Rechnung 2005 wird Gelegenheit bieten, eine Standortbestimmung vorzunehmen und allfällige Massnahmen mit dem Budget 2007 einzuleiten.

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler* bestätigt, dass das Budget zwar einen kleinen Überschuss ausweist. Werden die Ausgaben etwas genauer angeschaut, stellt man jedoch fest, dass sämtliche wachsen, z. T. massiv. Früher wurden beispielsweise die Investitionen sofort abgeschrieben, was beim vorliegenden Budget nicht mehr möglich ist. Er hat den Eindruck, dass die "linke" Parlamentsmehrheit allen Anträgen der Verwaltung entsprochen hat, was langfristig nicht verantwortbar ist. Seine Fraktion konzentriert sich auf zwei Bereiche, wo vermehrt gespart werden muss: einerseits beim Sachaufwand, z. B. beim Gebäudeunterhalt und andererseits betrifft dies die Personalkosten. Die Mehrheit seiner Fraktion ist für Eintreten und schliesst sich den GRPK-Anträgen an.

CVP: *H. Senn:* Das voluminöse Budget nach WoV bedeutet einen Meilenstein in der Umsetzung von "Binningen 2000". Ein spezieller Dank geht vorab an die Autoren. Im Mittelpunkt stehen neu die Kosten der Produkte im Hinblick auf die Leistungs- und -wirkungsziele. Viele davon sind mit indirekten Kosten und Umlagerungen verbunden und daher nicht immer ganz transparent und nachvollziehbar. Der Sachaufwand ist mit über 12 % überdurchschnittlich gewachsen, die Gründe sind jedoch im Bericht dargelegt. Seine Fraktion bewertet den Voranschlag als ausgewogen, sieht die Sache nicht so pessimistisch wie der Vorredner und wird den meisten Anträgen des Gemeinderats folgen.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* ist froh und auch etwas stolz, dass heute der letzte LA verabschiedet worden ist und bedankt sich bei der Verwaltung für die sorgfältige Budgetierungsarbeit. Ein direkter Vergleich zu den Voranschlägen früherer Jahre ist nicht möglich. Die Aufgabe des Parlaments besteht primär in der Definition der Dienstleistungen, welche angeboten werden sollen bzw. müssen. Für die Verwaltung besteht durch die Globalbudgets mehr Spielraum, wofür sie welchen Betrag einsetzt. Der Anstieg des Sachaufwands ist mit grosser Vorsicht zu interpretieren. Nur in einigen wenigen Fällen wurde das Budget effektiv erhöht. Diese sind aber unter dem Aspekt von "Binnige isch in" zu betrachten und zu verkraften. Denn die Gemeinde soll attraktiv, innovativ für alle, auch für weniger privilegierte Einwohner/innen, sein. Dazu gehört ein entsprechendes Angebot an Dienstleistungen, welche auch den sozialen und kulturellen sowie den Freizeitbereich umfassen.

SP: *S. Zürcher* lobt die ausserordentliche Leistung der Verwaltung, welche nebst den Globalbudgets auch die Vergleichszahlen vom Vorjahr zur Verfügung stellte. Die neue Darstellung erfordert eine Umstellung im Denken. Seine Fraktion ist überzeugt, dass dieser Testlauf unbeschadet überstanden wird und das Budget 2007 noch optimiert wird. Die Aussage von M. Ziegler betreffend Wachstum des Sachaufwands um 12.4 % stimmt so nicht. Ausserdem werden die Gründe dafür erläutert und sind logisch. Das bedeutet nicht, dass der Rat geschlossen allen Anträgen des Gemeinderats zustimmen muss; dies war jedoch auch früher mit bürgerlicher Ratsmehrheit nicht der Fall. Dass der Selbstfinanzierungsgrad im Auge behalten werden muss, ist sich auch der Gemeinderat bewusst. Er wird erste Korrekturen gegebenenfalls nach Vorliegen der Rechnung 2005 einleiten. Die Fraktion ist für Eintreten.

SVP: *U. Rediger* hält fest, dass seine Fraktion von Beginn an die Idee von WOV unterstützt hat. Vor allem langjährige Ratsmitglieder sind versucht, ins Räderwerk eingreifen zu wollen, was aber nicht dem neuen System entspricht. Die Umstellung war besonders auch für die Verwaltung mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden, was speziell verdankt wird. Grundsätzlich wird dem Geschäft zugestimmt. Allerdings ist auch seine Fraktion der Ansicht, der Sachaufwand sei zu hoch veranschlagt. Zu gewissen Ausgaben wird er sich in der Detailberatung melden.

JLB: *S. Rysler* erwähnt, dass es aufwändig war, sich in die neue Budgetierung einzuarbeiten. Dennoch dankt sie den daran Beteiligten für die geleistete Arbeit und will auf das Geschäft eintreten.

Detailberatung: (Seite 26 ff der GR-Vorlage)

Präsident M. Metz gibt das Prozedere bekannt. Zunächst werden die Globalbudgets der einzelnen Leistungsaufträge (LA) abgehandelt. Was die Personalkosten betrifft, so wird dazu abschliessend separat abgestimmt. Die Anträge der GRPK werden bei der Behandlung des jeweiligen LA diskutiert.

SP: *A Braun:* Beim LA 1, Produkt Einwohnerdienste, will die GRPK, die Tageskarten aus dem Budget streichen. Dem Vernehmen nach gehen wöchentlich mehrere Anrufe auf der Verwaltung ein, ob eine solche erhältlich sei. Bei reger Benützung ist sie selbsttragend oder kann sogar einen minimalen Gewinn abwerfen. Die Erfahrungen anderer Gemeinden mit diesem Angebot und einer Auslastung von 80 bis 100 % sind sehr ermutigend. Mit der Tageskarte wird nicht nur der öffentliche Verkehr gefördert, sie könnte auch Verwaltungsangestellten für Dienstreisen dienen. Er macht sich dafür stark, dass während eines Jahrs ein Versuch gemacht wird.

Grüne/EVP: *B. Gürler* befürwortet aus ökologischen wie ökonomischen Überlegungen ebenfalls sehr, dass Binningen ab 2006 Tageskarten anbieten wird. Nebst den bereits genannten Argumenten ist zu erwähnen, dass Personen, welche kein Halbtax-Abo besitzen, am Bahnschalter an die Wohngemeinde verwiesen werden. Wie peinlich, wenn Einwohner/innen die Auskunft auf der Verwaltung erhalten, dass keine solche erhältlich ist. Tatsächlich ist das Angebot kostenneutral; pro Jahr betragen die Auslagen 8'500 Franken bzw. CHF 23.25. pro Tag. Der Arbeitsaufwand am Empfang der Verwaltung ist minimal. Diverse, z. T. wesentlich kleinere Gemeinden, bieten eine Tageskarte an, grössere stellen sogar zwei zur Verfügung.

CVP: *H. Senn:* In seiner Fraktion sind die Mitglieder unterschiedlicher Meinung. Die einen befürworten das Angebot; die andern befürchten, dass damit ein Präjudiz für weitere Angebote wie Gratis-Fahrräder o. ä. geschaffen wird. Sicher gehört dies nicht zu den Kernaufgaben der Gemeinde und könnte auch von einer privaten Institution, wie z. B. dem "TAT" Arbeitslosen-Treff, an der Hauptstrasse angeboten werden.

SP: *S. Zürcher* erinnert daran, dass seines Erachtens mit dem Beschliessen von Globalbudgets, der Gemeinderat resp. die Verwaltung neu die Kompetenz hat, eine solche Dienstleistung einzuführen. Zudem ist die Angelegenheit mit grösster Wahrscheinlichkeit kostenneutral.

FDP: *G. Metz* spricht sich im Namen seiner Fraktion klar gegen eine Tageskarte aus. Heute muss jedes Unternehmen sorgfältig abklären, ob eine Aufgabe notwendig ist sowie - insbesondere bei Neuinvestitionen - auch die finanziellen / personellen Konsequenzen abwägen. Reservation und Abrechnung solcher Tickets sind zeitaufwändig und schliesslich wird sich herausstellen, dass zwei Karten nicht ausreichen. Es könnte dazu führen, dass auch vergünstigte Trambilletts usw. gefordert werden. Nur weil es andere Gemeinden tun, muss Binningen nicht nachziehen.

EVP/Grüne: *U. von Bidder* unterstützt das Votum von S. Zürcher und fügt an, dass in keinem Wirkungs- oder Leistungsziel die Tageskarte erwähnt ist. Der Entscheid liegt bei der Verwaltung. Die GRPK kann nach einem Jahr beurteilen, ob das Angebot weitergeführt oder eingestellt wird.

JLB: *S. Rysler* teilt prinzipiell die geäusserte Ansicht der FDP-Fraktion. Andererseits bedeutet eine Tageskarte für die Gemeinde einen kleinen Aufwand, für weniger Begüterte oder auch junge Erwachsene hingegen einen klaren Mehrwert. Daher befürwortet sie den gemeinderätlichen Antrag zur Einführung der Tageskarte.

SVP: *U. Rediger* wendet ein, dass das Parlament sehr wohl entscheiden kann, welche Angebote in einem Leistungsauftrag enthalten sind. Seine Fraktion lehnt die Einführung von Tageskarten ab.

Gemeindepräsident C. Simon zeigt sich überrascht, wie eifrig über ein solches Detail diskutiert wird. Aus verschiedenen Gründen plädiert er für einen Versuch mit der Tageskarte. Damit wird ein - wenn auch bescheidener - Beitrag zur Förderung des ÖV geleistet. Tatsächlich ist die Aussage von B. Gürler zutreffend. Das Ticket ist bei den SBB-Schaltern nicht mehr, sondern ausschliesslich bei den Gemeinden erhältlich. Die Nachbargemeinden Bottmingen, Ettingen und weitere Gemeinden

verzeichnen eine grosse Nachfrage. Ist die Binninger Homepage demnächst modernisiert, wird es möglich sein, die Karte von zu Hause aus zu reservieren. Er plädiert für einen Versuch.

Präsident M. Metz lässt über den Streichungsantrag der GRPK abstimmen.

://: Mit 19 Ja und 19 Nein bei 2 Enthaltungen fällt der Ratspräsident den Stichentscheid: Der versuchsweisen Einführung mit zwei Tageskarten wird zugestimmt.

FDP: *M. Ziegler* legt Wert auf die Feststellung, dass es sich um einen Versuch handelt und erwartet in einem Jahr eine saubere Offenlegung des damit verbundenen Aufwands.

GRPK-Präsidentin V. Dubi erläutert zum LA 3, Gesundheit, familienexterne Kinderbetreuung, Seite 16: Die Tagesheim-Beiträge sind vor den Sommerferien budgetiert worden. Die besser als erwartete Auslastung und damit die höheren Einnahmen an Elternbeiträgen führen zu einer Senkung der Gemeindesubvention um 106'727 auf 920'000 Franken.

Gemeinderat M. Joset liefert zum LA 4, Kultur, Freizeit, Sport, die an der letzten Sitzung gewünschten genauen Besucherzahlen der Gemeindebibliothek: 93 % der Benutzer/innen sind aus Binningen und 7 % sind auswärtige.

GRPK-Präsidentin V. Dubi erklärt, dass zum LA 4, Kultur, Pt. 5.3, Seite 8, Abgeltung kultureller Zentrumsleistungen, ein Antrag der Kommission vorliegt. Der Gemeinderat stellt 100'000 Franken im Budget ein; die GRPK-Mehrheit will den bisherigen Beitrag von 70'000 beibehalten.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* hat sich beim Basler Theaterdirektor erkundigt. Die erhaltenen Zahlen sind derart frappant, dass sie diese auf einem Blatt allen Fraktionspräsidien ausgeteilt hat. Zusammengefasst präsentiert sich folgendes Bild: Von den fast 7'000 verkauften Abonnements gehören 432 Binninger/innen. Von den Vorortsgemeinden ist unsere Gemeinde somit an erster Stelle mit doppelt so vielen Abos wie die vergleichbaren Gemeinden Bottmingen, Reinach usw. Bezüglich Subventionen: Basel-Stadt subventioniert die Binninger Theater-Abonnements mit CHF 764'640 pro Jahr; werden sämtliche Theaterbesuche gezählt, so ergibt sich eine Summe von über einer Million. Ihres Erachtens ist es ungerecht, dass der Kanton Baselland lediglich 11 % der Gesamtkosten zu tragen bereit ist. Im Jahr 2005 erhielt das Theater Basel 10'000 Franken von Binningen; als Vergleich hat Reinach, nota bene mit halb so viel Abonnenten, 40'000 Franken entrichtet. Sie beantragt daher, dass Binningen dem Theater Basel, welches nächstes Jahr 3.5 Mio. einsparen muss, im 2006 CHF 100'000 zukommen lässt. Insgesamt fordert sie einen Beitrag an die kulturellen Zentrumsleistungen von 160'000 Franken.

CVP: *H. Senn* staunt über die hohen Subventionen, welche Basel-Stadt sich leistet, und von denen u. a. Binningen profitiert. Unsere Gemeinde gibt jährlich rund fünf Franken pro Einwohner/in an Basel-Stadt ab und bewegt sich damit im Rahmen der umliegenden Gemeinden. Seines Erachtens wäre es Aufgabe der Stadt, diese Kosten transparent darzustellen und einen Verteilschlüssel mit Baselland auszuhandeln. Er vertritt die Ansicht, dass mit diesem Budget gemäss GRPK-Antrag nochmals der bisherige Betrag von 70'000 gesprochen und das Problem grundsätzlich diskutiert wird. Gleichzeitig wird dem Gemeinderat der Auftrag erteilt, für 2007 einen angemesseneren Beitrag vorzulegen.

FDP: *M. Ziegler* sieht die Sache aus einem anderen Blickwinkel. Es fragt sich, ob es dem Theater besser ginge, wenn Binningen weniger zahlende Abonnenten hätte. Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs müssen umliegende Kantone jene mit Zentrumslasten künftig ohnehin vermehrt entschädigen. Er plädiert an den Rat, den Antrag Bänziger abzulehnen und demjenigen der GRPK zuzustimmen; zumal der Betrag vor zwei Jahren heraufgesetzt worden ist.

SP: *S. Zürcher* präzisiert die letzte Aussage: Der Betrag wurde im Zuge einer Sparübung im 2002 und 2003 von üblicherweise 70'000 auf 50'000 Franken gesenkt und wurde lediglich wieder auf den ursprünglichen Betrag angehoben. Würde das Theater für seinen Aufwand eine Vollkostenrechnung vornehmen und diese auf die Besucher überwälzen, hätte die Institution ohne Subventionen längst geschlossen werden müssen. Die Meinung, das sei ausschliesslich ein Problem von Basel, ist blau-

äugig. Denn Binningen profitiert erheblich vom Kulturangebot der Stadt, ohne die finanziellen Konsequenzen in Form hoher Steuern mittragen zu müssen. Der Antrag Bänziger bedeutet einen Tropfen auf einen heissen Stein und wäre ein positives Signal an Basel.

SVP: *U. Rediger* schliesst sich grundsätzlich der Fraktionsmeinung der FDP an. Vielleicht müsste das Theater Basel überhaupt auf eine neue Basis gestellt werden, damit eine bessere Auslastung erreicht würde. Störend empfindet er, dass ein Betrag à fonds perdu ausgegeben werden soll, ohne jegliche Einflussnahme. Das Problem der Kultursubvention muss grundlegend und partnerschaftlich auf kantonaler Ebene gelöst werden.

Gemeinderat M. Joset weist darauf hin, dass der Gemeinderat den Betrag von CHF 100'000 im Globalbudget eingesetzt hat. Damit werden rund 27 verschiedene kulturelle Institutionen in Basel direkt unterstützt. Das Theater Basel erhielt in den vergangenen Jahren meist 10'000 Franken. Eine Arbeitsgruppe der Vorortskonferenz wird demnächst einen Bericht mit Empfehlungen vorlegen, wie eine bessere Koordination unter den zwanzig umliegenden Gemeinden erreicht werden kann. Der kurzfristig eingereichte Antrag von R. Bänziger konnte in der Exekutive nicht diskutiert werden, weshalb er sich dazu nicht äussern will. Doch sprechen die Zahlen eine genügend deutliche Sprache. Er bittet, dem gemeinderätlich Antrag von 100'000 Franken zuzustimmen.

Präsident M. Metz fasst zusammen: Der GRPK-Antrag lautet auf 70'000 Franken, das sind 30'000 weniger als der Gemeinderat beantragt; laut Antrag Bänziger soll das Theater Basel allein 100'000 Franken erhalten, insgesamt 90'000 mehr als im Produktbudget vorgesehen. Er lässt zuerst über den Antrag der GRPK, anschliessend über den Antrag Bänziger abstimmen.

://: Mit 23 Ja und 17 Nein wird der Antrag der GRPK, Beitrag an kulturelle Institutionen in Basel von CHF 70'000, gutgeheissen.

://: Mit 18 Ja, 22 Nein wird der Antrag Bänziger (Beitrag an das Theater Basel von CHF 100'000 statt 10'000) abgelehnt.

V. Dubi merkt an, dass beim LA 5, Erwachsenenbildung, Seite 19, in der GRPK eine Diskussion zu diesem Thema geführt wurde. Schliesslich einigte man sich darauf, das Budget für die Kurse bei CHF 102'000 einzufrieren und den Entscheid dem Gemeinderat zu überlassen, was er an Weiterbildungskursen anbieten will oder nicht.

CVP: *H. Senn* ergänzt, dass die GRPK das Produktbudget immerhin um 4'000 Franken von 98'000 auf 102'000 aufstockte, dies im Gegensatz zum Gemeinderat, welcher 114'000 veranschlagte. Die Korrektur erfolgte im Hinblick auf die Einhaltung des entsprechenden Leistungsziels: Deckungsgrad der Lohnkosten mindestens 50 %.

EVP/Grüne: *U. v. Bidder:* Vor einem Jahr wurde intensiv über die Freizeitwerkstatt debattiert. Der Gemeinderat wurde beauftragt, diese in die Fortbildungskurse zu integrieren. Nun soll das Budget wieder beschnitten werden. Er steht dafür ein, dass die Legislative dem vom Gemeinderat festgesetzten Betrag von 114'000 zustimmt. Im kommenden Jahr kann die GRPK dann die Umsetzung prüfen.

SP: *F. Dietiker* möchte vom Gemeinderat wissen, welche Konsequenzen sich aus der Plafonierung gemäss GRPK ergeben.

Gemeinderat M. Joset erläutert, dass versucht wurde, die Freizeitwerkstatt in das übrige Kursangebot zu integrieren. Beim Erstellen der Globalbudgets wurde festgestellt, dass in den letzten Jahren die Lohnkosten zu tief angesetzt worden sind. Der Betrag von 114'000 ist zu hoch, weil mehr Kursgelder einfließen werden. Neuen Berechnungen nach würden 109'000 Franken ausreichen, um das bisherige Kursangebot inkl. Freizeitwerkstatt aufrechterhalten zu können und um den vorgeschriebenen Deckungsgrad von 50 % zu erreichen.

FDP: *M. Ziegler* ruft den Rat dazu auf, dem Antrag der GRPK von 102'000 Franken zuzustimmen; denn er ist überzeugt, dass dies ausreichen wird. Immerhin ist der Betrag um 4'000 Franken aufgestockt worden. Er findet es störend, dass der Gemeinderat erneut eine andere Zahl präsentiert.

CVP: *K. Amacker* pflichtet dem Vorredner bei. Die Freizeitwerkstatt sollte durch die Aufstockung um 4'000 Franken erhalten werden können.

SP: *A. Braun* gibt zu bedenken, dass die neue Darstellung des Budgets die Ausgaben ehrlicher, transparenter darlegt als bisher. Er plädiert für den neu errechneten Betrag von 109'000 Franken.

SVP: *U. Rediger:* Im Sinn von WoV sollen im nächsten Jahr Erfahrungen mit den von der GRPK beantragten 102'000 Franken gemacht werden. Dieser Betrag sollte zur Aufrechterhaltung des bisherigen Kursangebots ausreichen.

://: **Mit 23 Ja, 16 Nein bei 1 Enthaltung wird dem Antrag der GRPK zugestimmt.
Für Erwachsenenbildung wird das Produktbudget auf CHF 102'000 festgesetzt.
(LA 5 Seite 19)**

GRPK-Präsidentin V. Dubi bemerkt zum LA 10 betreffend Unterhalt von Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, dass der Gemeinderat das entsprechende Budget um 500'000 Franken erhöhen will. Begründung: In den letzten Jahren wurde sehr wenig investiert und die öffentlichen Gebäude sollen in einem vertretbaren Zustand erhalten bleiben. Von dieser Summe würden 100'000 Franken benötigt, um im Neubadrain 2 (Pfliegewohnungen) einen Lift einzubauen, was die GRPK befürwortet. Die Mehrzahl der GRPK-Mitglieder beantragt nach intensiver Diskussion, die Gesamtsumme um 400'000 zu reduzieren. Der Gemeinderat soll zuerst offen legen, welche Liegenschaften er verkaufen bzw. behalten will und welche Pläne langfristig bestehen. Erst dann soll der Einwohnerrat entscheiden.

CVP: *H. Senn:* Im Gegensatz zur GRPK genehmigt seine Fraktion den vom Gemeinderat beantragten Betrag von 500'000 Franken. Eine finanziell gut gestellte Gemeinde wie unsere darf ihre Liegenschaften nicht vernachlässigen, was sich später mit unverhältnismässig hohen Kosten für die Behebung eingetretener Schäden rächt. Wenn offenbar Schimmelbildung in Lüftungsanlagen u. ä. festgestellt wird, ist Handeln angesagt. Die Investition ist insbesondere für die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen vorgesehen. Was V. Dubi angesprochen hat und in der GRPK diskutiert wurde, macht sich der Gemeinderat Gedanken bezüglich langfristiger Nutzung der Gebäude im Finanzvermögen. Für seine Fraktion beantragt er, den Betrag von 500'000 zu genehmigen.

SVP: *U. Rediger* hält fest, dass dieser zusätzliche Betrag von 400'000 Franken nicht gerechtfertigt ist. Ob nun der Betrag für Liegenschaften im Finanz- oder Verwaltungsvermögen verwendet wird, ist letztlich nicht erheblich. Der Gemeinderat selber erwähnt im Voranschlag, dass noch unklar ist, was mit den Liegenschaften im Finanzvermögen geschieht. Immerhin werden insgesamt 1,45 Mio. für Liegenschaftsunterhalt ausgegeben.

SP: *F. Dietiker:* Im Gegensatz zu den Mitarbeitenden auf der Bauverwaltung ist der Rat, auch mit mehr Detailwissen, nicht in der Lage zu beurteilen, welche Sanierungen notwendig sind. Seines Erachtens ist den Baufachleuten Vertrauen zu schenken. Er plädiert für Genehmigung der erforderlichen 500'000 Franken.

FDP: *M. Ziegler* setzt die Zahlen in Relation zueinander. Auch wenn dem GRPK-Antrag gefolgt wird, droht deswegen keine Einsturzgefahr bei den Gemeindeliegenschaften. Er hätte von der Verwaltung diesbezüglich eine detaillierte Liste der vorgesehenen Sanierungen erwartet. Als Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sind die Mitglieder geradezu verpflichtet, aufgrund vorhandener Unterlagen zu entscheiden.

SP: *A. Braun* erwähnt, dass in der Rechnung 2004 der Versicherungswert der Verwaltungsliegenschaften mit 150 Mio. Franken jener im Finanzvermögen mit rund 40 Mio. ausgewiesen wird, total 190 Mio. Wird nun davon wie üblich ein Prozent für Unterhalt eingesetzt, so ergäben sich 1,9 Mio. Franken. Das entspricht ziemlich genau dem Betrag, welcher der Gemeinderat fordert. In Anbet-

racht, dass in den letzten Jahren weniger als eigentlich nötig getan wurde, ist dies bestimmt verantwortbar.

SP: *S. Zürcher* fügt dem an, dass ein Prozent für neuere Liegenschaften gilt; bei älteren wird ein halbes Prozent mehr gerechnet; dies ergäbe somit 2.7 Mio. Er appelliert an die Vernunft und deshalb dem Gemeinderatsantrag zu folgen.

Gemeinderat B. Gehrig versichert, dass wenn der Betrag um 400'000 Franken gekürzt wird, ein echtes Problem entsteht, gerade weil seriös und ohnehin sehr knapp gerechnet wurde. Von irgendwelchen überflüssigen Unterhaltsarbeiten kann keine Rede sein. Weil in den vorhergehenden Jahren bereits jeweils an dieser Position gespart wurde, besteht eindeutig ein Nachholbedarf. Werden gewisse Arbeiten wiederum nicht ausgeführt, so müssen sie notfallmässig vorgenommen und in Form von Nachtragskrediten genehmigt werden. Wenn z. B. in Duschenleitungen in einem Schulhaus Schimmelpilz nicht behoben werden kann, erscheint ihm das äusserst bedenklich. Deshalb darf der budgetierte Betrag keinesfalls gekürzt werden.

FDP: *C. Fünfschilling* schränkt ein, dass der Gemeinderat mit dem Globalbudget durchaus dringende Sanierungen vornehmen kann. Es liegt an ihm, Prioritäten zu setzen; ob dazu Neuanstrich eines Treppenhauses gehört, fragt sich allerdings.

SVP: *U. Rediger* stellt sich die Frage, wieso der Gemeinderat nicht gleich von Anfang an, eine Liste der notwendigen Renovationen vorlegte.

SP: *F. Dietiker* stellt die Gegenfrage, wieso sich niemand von den GRPK-Mitgliedern die Mühe nahm, auf den Bauabteilungen detailliert nachzufragen.

Gemeinderat B. Gehrig unterstreicht dieses Votum und bestätigt, dass er keine diesbezügliche Anfrage erhielt. Diese Liste ist nicht geheim.

CVP: *K. Amacker* bestätigt, dass die Verwaltung diese Möglichkeit angeboten sowie eine Liste zur Verfügung gestellt hat. Der Vorwurf der FDP-Fraktion ist nicht gerechtfertigt.

FDP: *M. Ziegler* gibt zu, dass eine Liste der Objektsanierungen vorlag, doch war diese s. E. zu wenig präzise. Die GRPK muss alles prüfen können.

::: **Mit 21 Nein, 18 Ja, bei 1 Enthaltung wird der GRPK-Antrag abgelehnt (Kürzung des Liegenschaftsunterhalts im Verwaltungsvermögen um CHF 400'000).**

FDP: *M. Ziegler* stellt seitens seiner Fraktion zwei Anträge betreffend Personal. Der erste Antrag betrifft den Stellenetat für 2006: In der Gärtnerei konnten infolge Outsourcing zwei Stellen (190 %) aufgehoben werden. Auslagerung von Bereichen macht selbstverständlich nur Sinn, wenn der Stellenetat entsprechend sinkt und nicht wie in diesem Fall gleichzeitig der Sachaufwand in die Höhe schnellte. Daher beantragt seine Fraktion, den Stellenetat um 80 Stellenprozent zu reduzieren, konkret von 11'118 auf 11'038. Dies bedeutet keinen realen Stellenabbau, soll aber dem Projekt Outsourcing Nachdruck verleihen.

Der zweite Antrag betrifft die Sonderzulage in Form des vollumfänglichen Teuerungsausgleichs, welche der Gemeinderat dem Personal einmalig gewähren will. Normalerweise schliesst sich die Gemeinde dem Kanton an. So ist es auch in § 27 der Personalverordnung verankert. Es wird ein Präzedenzfall befürchtet. Deshalb wird seine Fraktionsmehrheit diese Zulage ablehnen.

SP: *S. Zürcher* erklärt, dass die Stellenprozentage auch in der GRPK diskutiert worden sind. Die in der Gemeindeordnung festgeschriebene Regelung, entspricht nicht WoV. Sie ist überholt. Zum letzten Antrag ist zu betonen, dass der Gemeinderat ausdrücklich keine Abkehr vom kantonalen Reglement bezüglich Teuerungsausgleich will. Es handelt sich um einen einmaligen Zustupf, was die Gemeinde problemlos verkraften kann.

SVP: *U. Rediger:* Die Meinungen gehen bezüglich Stellenprozentage in seiner Fraktion auseinander. Ein gewisser Spielraum muss der Verwaltung eingeräumt werden. Betreffend Teuerungszulage

muss der Antrag des Gemeinderats nicht allein mit Blick auf die Finanzen betrachtet werden; vielmehr soll am bisherigen, bewährten System festgehalten werden.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* befürwortet klar eine einmalige Ausnahme bezüglich Teuerungsausgleich. Die Kaufkraft erleidet sonst eine Einbusse. Die Sonderzulage ist unversichert, deshalb ergeben sich keine Probleme wegen der üblichen Praxis. Der Antrag darf auch nicht mit dem Erfahrungsstufenanstieg in Zusammenhang gebracht werden. Letzterer entspricht eher den in der Privatwirtschaft gewährten Boni. Diese motivierende Geste ist Ausdruck eines Dankeschöns an die Verwaltung für ihre engagierte Arbeit.

FDP: *C. Fünfschilling* führt aus, dass die Regelung betreffend Stellenetat noch im gültigen Gemeindegesetz festgeschrieben ist, auch wenn dies nicht WOV-konform ist. Der FDP-Antrag bedeutet auch keine eigentliche Kürzung. Mit den verschiedenen Temporärstellen, welche erstmals ausgewiesen werden, ist der unternehmerische Spielraum gegeben.

SP: *G. Köhler* meint, dass in Anbetracht der anstehenden Mammut-Projekte, wie Schlosspark, Ortsplanung usw. eine Stellenprozentreduktion völlig quer in der Landschaft steht.

Gemeindepräsident C. Simon: Was den Stellenetat betrifft, so braucht die Verwaltung tatsächlich einen gewissen Spielraum, wie er von U. Rediger gefordert wird. Im Werkhof bzw. der Gärtnerei sind effektiv zwei Personen weniger angestellt, dafür stiegen die Kosten für eingekaufte Pflanzen. Derzeit sind zwei Temporärstellen notwendig im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision. Er bittet den Rat, den budgetierten Stellenhaushalt nicht zu reduzieren.

Betreffend Teuerungsausgleich kann auch umgekehrt argumentiert werden. Der Kanton hält sich nicht an die Regel. Bis vor drei Jahren wurde die Teuerung jeweils ausgeglichen. Nur weil die kantonale Verwaltung infolge Sparmassnahmen, GAP etc. diese nur noch z. T. ausgleicht, muss Binningen seine guten Angestellten nicht auch bestrafen. Die Umsetzung von WOV bedeutet auch weiterhin einen grossen Arbeits-Mehraufwand. Er appelliert, der einmaligen Zulage von 0.5 % zuzustimmen.

SVP: *U. Rediger* meldet, dass der Stimmzähler als Gemeindeangestellter in den Ausstand tritt.

H. Senn erklärt, dass dies auch für die CVP-Fraktion zutrifft.

Präsident M. Metz erwähnt, dass somit 38 Mitglieder zu zählen sind. Er liest den Antrag der FDP-Fraktion vor:

Die Gemeinde Binningen übernimmt den Teuerungsausgleich des Kantons, wie dies § 27 der Personalverordnung vorsieht. Eine Sonderzulage wird nicht ausgeschüttet.

://: Mit 16 Ja, 20 Nein bei 2 Enthaltungen wird der oben zitierte FDP-Antrag betreffend einmaliger Teuerungszulage abgelehnt.

Präsident M. Metz liest den Antrag der FDP-Fraktion zum Stellenetat vor:
Der Stellenetat für 2006 wird mit 11'038 Stellenprozenten bewilligt.

://: Mit 14 Ja, 22 Nein bei 2 Enthaltungen wird der oben erwähnte FDP-Antrag (Stellenetat-Senkung auf 11'038) abgelehnt. Damit ist der Stellenetat für 2006 mit unverändert 11'118 Stellenprozenten genehmigt.

Einstimmig wird beschlossen:

::: 5.1 Die Leistungsaufträge werden genehmigt.

::: 5.2 Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 40'019'623 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2'829'096
- Steuern		430'963
- Gesundheit		3'823'324
- Kultur, Freizeit, Sport		2'992'291
- Bildung		12'494'743
- Öffentliche Sicherheit		928'386
- Soziale Dienste		11'647'849
- Verkehr, Strassen		4'369'953
- Versorgung		142'825
- Raumplanung, Umweltschutz		360'192

::: 5.3 Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 40'312'000 werden genehmigt.

Abstimmung: 39 Ja, 1 Enthaltung:

::: 5.4 Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:

- Fahrzeugbeschaffungen, Konto 620.506.01 im Umfang von insgesamt	CHF	142'000
- Sachgüter Tiefbauten, Spezialfinanzierung GGA, Konto 320.501.01/02		490'000
- Diverse Strassendeckbeläge, Konto 620.501.01		155'000
- Korrektur Rottmannsbodenstrasse, Konto 620.501.02		100'000
- Abwasserbeseitigung (zu Lasten Spezialfinanzierung), Konto 710.501.11		70'000
- EDV-Vernetzung Kindergärten, Konto 210.506.01		37'900

Einstimmig wird beschlossen:

::: 5.5 Das Investitionsbudget 2006 wird mit Ausgaben von CHF 16'578'500, Einnahmen von CHF 3'377'000 und Nettoinvestitionen von 13'201'500 genehmigt.

::: 5.6 Die Ansätze für die Gemeindesteuern bleiben wie folgt unverändert:
 46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 4 % Ertragssteuersatz
 5 ‰ Kapitalsteuersatz

::: 5.7 Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.

Mit 38 Ja, 1 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

://: 5.8 Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2006 wird mit Aufwendungen von CHF 70'007'633, Erträgen von CHF 70'300'010 und einem Ertragsüberschuss von CHF 292'377 genehmigt.

5.9 Vom Finanzplan 2007 - 2011 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 14

Interfraktionelles Postulat vom 18.8.2004:

Baumschutz

Aus Zeitgründen muss das Geschäft an der nächsten Sitzung behandelt werden.

Traktandum 7: Diverses

Vizepräsidentin E. Kohl freut sich mitzuteilen, dass der amtierende Einwohnerrats-Präsident Markus Metz im Oktober von der Bundesversammlung zum Bundverwaltungsrichter gewählt worden ist. Sie gratuliert ihm dazu im Namen aller herzlich.